

Fragen an Lüder Gerken, Centrum für Europäische Politik

## „84 Prozent der Gesetze kommen heute aus Brüssel“

Das Centrum für Europäische Politik (CEP) hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein öffentliches Bewusstsein für die europäische Gesetzgebung zu schaffen und mit Hilfe von konzeptueller Begleitung und Evaluation Transparenz in die Vorgänge in Brüssel zu bringen. Das in Freiburg angesiedelte, erst 2006 gegründete und privat finanzierte CEP steckt noch in der Aufbauphase, zählt jedoch schon jetzt acht Mitarbeiter. Die Leitung hat der habilitierte Ökonom Lüder Gerken inne, der auch der European Constitutional Group (ECG) angehört. Die ECG hatte im vergangenen Jahr einen eigenen Vorschlag für einen europäischen Verfassungsvertrag vorgelegt.

*Herr Gerken, warum werden die deutsche Politik und Öffentlichkeit immer wieder anscheinend von den Vorgaben aus Brüssel überrascht – wie es zum Beispiel bei der Gleichstellungs- oder der Chemikalienrichtlinie der Fall war, deren belastende Folgen erst zum Schluss des Gesetzgebungsprozesses wirklich öffentlich diskutiert wurden?*

Die Öffentlichkeit ist einfach nicht genügend informiert und interessiert. Das muss sich dringend ändern. Eine zentrale Rolle spielen die Medien. Nur über sie kann Bewusstsein in der Bevölkerung dafür entstehen, wie entscheidend die EU-Politik für unser tägliches Leben ist. Aber auch die Politiker in Berlin und in den Bundesländern müssen dazu beitragen, indem sie regelmäßig zu europäischen Politikvorhaben öffentlich Position beziehen. Das

ist heute so gut wie gar nicht ausgeprägt. Wir brauchen eine Diskussions- und Streitkultur über EU-Politik, wie sie längst für nationale Politik selbstverständlich ist. Nur so kann Transparenz in der europäischen Politik hergestellt werden, was wiederum unverzichtbar ist für ihre Akzeptanz. Schließlich kommen heute schon 84 Prozent der Gesetze aus Brüssel.

*Die EU schreibt Einheitspreise für das Auslandstelefonieren vor. Was kommt als Nächstes?*

Die Büchse der Pandora ist in der Tat damit geöffnet: Politische Preismanipulation ist jetzt offenbar salonfähig. Derzeit arbeitet die EU daran, Gehaltsobergrenzen im Fußball vorzuschreiben. Wie man hört, werden nun auch Erwägungen angestellt, Managergehälter einer Regulierung zu unterwerfen. Ein völlig neues und nahezu grenzenloses Betätigungsfeld eröffnet sich: Eingriffe in die Preisbildung bei als unfair oder ungerecht empfundenen Preisen und Löhnen.

*Gibt es auch positive Tendenzen in der jüngeren EU-Politik?*

Durchaus. Es gibt viele positive Ansätze. Das Bestreben, den schrankenlosen Binnenmarkt zu vollenden, ist in Brüssel weiterhin vorhanden. Doch leider beobachten wir auch hier zunehmend die Folgen eines Paradigmenwechsels: weg von der Herstellung freier Märkte und hin zur Schaffung EU-weit einheitlicher Regulierung – „auf hohem Niveau“, wie es im EU-Jargon heißt. Außerdem wird die EU-Kommission bei ihrem Eintre-

ten für einen schrankenlosen Binnenmarkt allzu oft von den Mitgliedstaaten ausgebremst, die ihre protektionistischen Sonderinteressen durchsetzen wollen. Ein Beispiel sind die Bestrebungen von weiten Teilen der deutschen Politik, die von der EU verfolgte Liberalisierung des Postmarkts zu unterlaufen und der Deutschen Post ihre staatsmonopolistischen Pfründe zu erhalten – zum Schaden des Arbeitsmarkts, der Verbraucher und nahezu aller Wirtschaftszweige.

*Als EU-Ratspräsidentin hat Angela Merkel den Klimaschutz in den Vordergrund der Agenda gerückt. Wie erfolgreich sind die Bemühungen der Kanzlerin?*

Klimaschutz muss, wenn nicht global, so doch mindestens auf EU-Ebene geregelt werden. Daher ist es folgerichtig, dass die EU hier klare Kompetenzen bekommt. Aber wirklich geeinigt hat man sich nicht. Die EU-interne Vereinbarung einer Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 20 Prozent ist so lange wenig wert, wie man sich nicht darauf verständigt hat, wie die Reduzierung auf die Mitgliedstaaten verteilt wird. Hier werden Länder wie Frankreich ihre Interessen knallhart vertreten. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass Deutschland den anderen Staaten weit entgegenkommen wird und, um der Einigung willen, einen deutlich überproportionalen Anteil übernimmt. Politische Begründung dafür wird sein, dass das im Interesse sowohl des Klimaschutzes als auch der europäischen Integration liege.

Das Gespräch führte Karen Horn.